

## Stichwortinformation Unterschicht

Nicole Burzan / Jürgen P. Rinderspacher

In den letzten Jahren sind in der Diskussion um soziale Ungleichheit in Deutschland verstärkt Begriffe aufgetaucht, die – auch wenn sie selbst nicht als neu zu bezeichnen sind – der Diskussion neue Impulse gegeben haben. Hierzu gehören die ‚neue Unterschicht‘ sowie die Rede von Prekarität oder dem Prekariat (→[Prekarisierung](#)). Das wirft die Frage auf, ob das Denken in Modellen von Klassen und Schichten im Anschluss an die Klassiker der Soziologie bis heute noch seine Berechtigung hat, beziehungsweise ob solche Differenzierungen nicht längst obsolet sind.

**1. Begriffe und Definitionen:** In der Soziologie findet man unterschiedliche Modelle, mit denen die sozialen Unterschiede einer Gesellschaft abgebildet werden können. Hier haben sich im Wesentlichen drei herausgebildet, die heute gleichberechtigt nebeneinander bestehen, wobei sie in unterschiedlichen Phasen mehr oder weniger Konjunktur haben: Schichtmodelle, Klassenmodelle und Milieu- oder Lebensstilmodelle; darüber hinaus beinhaltet aber auch die Individualisierungsthese Vorstellungen von der sozialen Strukturiertheit der Gesellschaft.

In *Schichtmodellen* sind die Schichten vorrangig vertikal übereinander angelegt, insbesondere nach sozioökonomischen Kriterien wie dem Beruf, dem Einkommen und der Bildung. Dabei wirkt sich die Schichtzugehörigkeit auch auf andere Lebensbereiche, zum Beispiel die sozialen Kontakte, aus. Für ein solches vertikales Modell ist es konstitutiv, dass es auch eine Schicht geben muss, die ‚unten‘ anzusiedeln ist – damit ist nicht zwingend Ausgrenzung oder ein Leben in Armut gemeint. In dieser Konstruktion ist es mit anderen Worten logisch gar nicht denkbar, dass die untere Schicht sich auflöst, daher ist Schichtung als solche prinzipiell unbedenklich. Dies insbesondere dann, wenn in einer Gesellschaft grundsätzlich Chancengleichheit gegeben ist und in der Folge derjenige, der durch seine Arbeit einen höheren Beitrag für die Gemeinschaft erbringt, einen entsprechend höheren Rang erhält. Eine der Prämissen moderner Schicht-Modelle ist also, dass jeder prinzipiell die gleichen Aufstiegschancen hat. Daher ist soziale Ungleichheit bis zu einem gewissen Grad gerecht, sofern sie eine Folge des individuellen Leistungsbeitrags darstellt.

Ein Problem entsteht erst dann, wenn Chancengleichheit in der sozialen Wirklichkeit nicht gegeben ist, insbesondere wenn bestimmte gesellschaftliche Gruppen hierdurch systematisch von der Möglichkeit sozialer Mobilität ausgeschlossen sind und/oder wenn die untere Schicht soziokulturelle Mindeststandards – die aber immer in Relation zur Verteilung in der Gesamtgesellschaft zu sehen sind – an Ressourcen und gesellschaftlicher Teilhabe (z.B. im politischen oder kulturellen Bereich) unterschreitet.

‚Neue‘ ‚Unterschicht‘ könnte dann möglicherweise heißen, dass empirisch der Anteil von Menschen in stark benachteiligten Lagen auffällig zugenommen hat oder dass diese Mindeststandards neuerdings unterschritten werden und es verstärkt zur Ausgrenzung und Schließung kommt. Die empirischen Belege weisen allerdings nicht eindeutig in diese Richtung. Das

‚Neue‘ daran kann aber auch die Verunsicherung mittlerer sozialer Lagen sein. Das Schichtmodell ist jedoch zu sehr auf vertikale Ungleichheitsmerkmale wie Beruf, Bildung und Einkommen gerichtet, als dass es diese Form von mehrdimensional gedachter Ungleichheit ohne weiteres berücksichtigen könnte. In die Schichtung gehen eher die manifesten Folgen, z.B. erfolgte Abstiegsprozesse, ein.

*Klassenmodellen* liegen vorwiegend ökonomische Kriterien zugrunde, in der ‚klassischen‘ marxistischen Variante die Verfügung über Produktionsmittel, wie es bei Unternehmern der Fall ist. In der Vorstellungswelt von Bourgeoisie und Proletariat sind dann eigentlich alle proletarischen Lebenslagen prekär. Klassenmodelle allgemein betonen mehr als Schichtansätze das konflikthafte Verhältnis verschiedener Lagen – bis hin zum Klassenkampf zwischen Herrschenden und Beherrschten.

In einer neueren, modifizierten Variante von Pierre Bourdieu<sup>1</sup>, der Klassen und Lebensstile verknüpft, heißt dies dann Distinktion, also Abgrenzung gegenüber anderen, die etwa nicht den gleichen Geschmack haben. Der gesellschaftliche Wandel, der aus dem Klassengegensatz folgt, steht ebenfalls stärker im Vordergrund als dies in der Regel bei Schichtmodellen der Fall ist.

*Milieu- und Lebensstilmodelle* beanspruchen insbesondere seit den 1980er Jahren, Differenzierungsprozessen Rechnung zu tragen, die in den traditionellen Klassen- und Schichtmodelle als zu vereinfacht und statisch erschienen. Es handelt sich etwa um Prozesse der Wohlstandssteigerung, der Bildungsexpansion und des Ausbaus des Wohlfahrtsstaates seit etwa den 1960er Jahren. Ungleichheitsmodelle sollten entsprechend differenziert sein, weil man nicht mehr von wenigen ‚objektiven‘ Merkmalen wie dem Einkommen oder dem Beruf auf Lebensweisen und Handlungsorientierungen der Menschen schließen konnte. Die Modelle sollten nun also nicht mehr nur vertikale Aspekte erfassen, sondern auch horizontale (z.B. Alter und Geschlecht), nicht nur sozioökonomische Kriterien wie Bildung, Beruf, Einkommen, sondern auch Lebensstile, Geschmack, Werthaltungen etc. So entstanden neben modifizierten Klassen- und Schichtmodellen (z.B. Geißler<sup>2</sup>) Lebensstil- und Milieumodelle auf, z.B. von Bourdieu, Vester<sup>3</sup> oder Schulze<sup>4</sup>. In der Regel weisen insbesondere Milieumodelle also durchaus eine vertikale Achse auf (z.B. eine ‚Schicht-‘, Herrschafts- oder Bildungsachse), diese ist jedoch zusätzlich horizontal differenziert. In vertikal gesehen ‚unteren‘ Milieus könnten daher Problemlagen wie Ausgrenzung oder fehlende Aufstiegsperspektiven je nach horizontaler Gliederung (z.B. nach Werthaltungen) unterschiedlich verteilt sein. Solche unterschiedlichen Werte sind nicht in erster Linie als individuelle psychologische Disposition zu verstehen, sondern durchaus sozial bedingt. Beispielsweise sind nach Vester die Umgangsweisen verschiedener Milieus mit Unsicherheit (etwa des Arbeitsplatzes) verschieden (s.u.). Ein weiterer Ansatz ist schließlich zu nennen: Die These von der *Individualisierung* leugnet zwar nicht soziale Ungleichheiten, aber sie lehnt die Einteilung von Gesellschaften in Großgruppen mit ähnlichen Lagen und zugleich ähnlichen Handlungsorientierungen und (politischen) Interessen ab. Es handelt sich zwar nicht um die Vorstellung einer entstrukturierten

<sup>1</sup> Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main: Suhrkamp, 9. Auflage 1997 (orig. 1979).

<sup>2</sup> Geißler, Rainer: Die Sozialstruktur Deutschlands – zur gesellschaftlichen Entwicklung mit einer Bilanz zur Vereinigung, 4., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Wiesbaden: VS 2006.

<sup>3</sup> Vester, Michael et al.: Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main: Suhrkamp 2001.

<sup>4</sup> Schulze, Gerhard: Die Erlebnisgesellschaft. Kultursoziologie der Gegenwart, Frankfurt am Main/New York: Campus 1992.

Gesellschaft, aber doch um eine Gesellschaft „jenseits von Klasse und Stand bzw. Schicht“ (U. Beck).<sup>5</sup>

Richtet man den Blick von sozialer Ungleichheit im Allgemeinen auf benachteiligte Gruppen, so ist neben einer ‚neuen Unterschicht‘ auch die Rede beispielsweise von *Überflüssigen*, *Ausgegrenzten* und *Exkludierten*. Die Begriffe deuten darauf hin, dass eine bestimmte Grenze überschritten worden ist, hinter der es den Benachteiligten nicht allein eindeutig ‚schlechter‘ geht als dem Durchschnitt der Bevölkerung, sondern hinter der sie in vielerlei Hinsicht nicht mehr zur Gesellschaft hinzugehören, ausgeschlossen sind von Konsummöglichkeiten und von gesellschaftlicher Teilhabe (→[Verteilung](#)). Umgekehrt werden sie für ein Funktionieren des gesellschaftlichen Ganzen scheinbar auch nicht zwingend benötigt, vor allem wenn ihre Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkt keine Nachfrage findet (→[Arbeitslosigkeit](#)).

‚*Exklusion*‘ ist kulturspezifisch. Eher auf die Prozesse als auf die Betroffenen abzielend beinhaltet der Begriff in Deutschland etwas anderes als etwa für große Teile der Bevölkerung in den brasilianischen Favelas, ist also immer im Zusammenhang des Wohlstands einer Gesellschaft insgesamt zu sehen. Die Abkopplung von der Mehrheit ist daher insbesondere ein alarmierendes Zeichen in einer Gesellschaft die für sich selbst beansprucht, dass möglichst vielen Menschen möglichst viele Optionen zur Teilhabe offen stehen sollen. Speziell der Begriff der Exklusion zielt in der Armutforschung (→[Armut](#)) auch darauf ab, kumulierende Benachteiligungen und Ausschlüsse zu erfassen, wenn z.B. der Verlust der Arbeitsstelle dazu führt, dass man weniger konsumieren kann, in eine kleinere Wohnung umziehen, sein Auto verkaufen muss und schließlich weniger soziale Kontakte hat, was wiederum eine schlechte Ausgangsbedingung dafür darstellt, eine neue Arbeitsstelle zu finden.

**2. Geschichte:** Vorstellungen über die soziale Zusammensetzung einer Gesellschaft, über ‚oben‘ und ‚unten‘, inklusive damit einhergehender Begründungen finden sich in allen Hochkulturen der Welt. Im christlichen Weltbild galt fast zwei Jahrtausende lang die Schichtung der Gesellschaft und die Legitimation von Herrschaft als gottgegeben. Die Vorstellung von einer natürlichen sozialen Ordnung, in der die Menschen ihren festen Platz zugewiesen bekommen, ist zumindest nach heutigem protestantischen Verständnis zwar nicht zwingend aus der Heiligen Schrift herzuleiten, andererseits finden sich dort jedoch auch Belegstellen für diese These. So die Analogie des Apostel Paulus vom Leib Christi und seinen Gliedern. Die Menschen üben – modern gesprochen – wichtige Funktion in der Gesellschaft aus, jeweils an der Stelle, wo Gott sie hingestellt hat. Sie sind daher vor Gott gleich, hingegen dürfen sie im irdischen Leben ungleich sein und müssen sich weltlichen Hierarchien unterordnen. Die Herrschaftsbeziehungen der Ständegesellschaft des Mittelalters seien, so etwa auch Thomas von Aquin, Teil des göttlichen Schöpfungsaktes und damit nicht infrage zu stellen. Doch auch die großen Reformatoren, allen voran Martin Luther hielten irdische Ungleichheit für gottgegeben. Selbst der zeitgenössische Theologe und Sozialrevolutionär Thomas Münzer stellte mit seinen Bauernaufständen die Rolle der Fürsten nicht grundsätzlich in Frage, sondern beklagte, dass sie den ihnen von Gott gegebenen Auftrag in dieser Welt nicht hinreichend erfüllen würden. Dass der weitaus größte Teil der Bevölkerung in allenfalls bescheidenen Verhältnissen – wollte man das Schichtmodell hier anwenden: in unteren Schichten – lebte, war seinerzeit gesellschaftliche Normalität.

<sup>5</sup> Beck, Ulrich: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1986.

Es war schließlich Sache der Aufklärung und der daraus folgenden sozialen Bewegungen, die Ordnung der Gesellschaft als Menschenwerk zu behaupten, mit dem Ziel, die alten Stände durch eine Volksherrschaft der Gleichen abzulösen. Die berühmte Formel von Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit im revolutionären Frankreich von 1789 und ähnlich lautende in anderen Ländern stellten auch für Kirche und Theologie zunächst eine gewaltige Herausforderung dar, obwohl die Wurzeln besonders des Freiheitsbegriffes aber auch von Gleichheit und Brüderlichkeit bis auf die großen Reformatoren zurückreichen. Zwar bietet die Gottes Ebenbildlichkeit des Menschen die besten denkerischen Voraussetzungen für eine soziale Theorie der Gleichheit und stellt damit eine der entscheidenden Grundlagen für das Gleichheitspostulat in der Moderne dar – die Gleichheit der Menschen auch im Diesseits war jedoch erst noch theologisch nachzuvollziehen. Dies geschah in beiden großen Kirchen erst relativ spät. Sowohl der soziale Protestantismus als auch die katholische Soziallehre wandten sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts zwar gegen die Verelendung breiter Massen als Folge des Industrialisierungsprozesses, akzeptierten jedoch die Existenz einer relativ undurchlässigen vertikalen Schichtung der Gesellschaft. Sie waren vor allem darin erfolgreich, Armut anzuprangern, karitative Arbeit zu leisten und sich in verschiedenen Ländern Europas politisch bei der entstehenden Sozialgesetzgebung mit zu engagieren.

Auch die politischen und sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts in Deutschland (Nationalismus, Liberalismus, Sozialismus) postulierten zwar überwiegend die politische Gleichheit, damit jedoch nicht notwendig die Aufhebung der sozialen Schranken. Die Selbstverständlichkeit sozialer Klassen spiegelte sich bis zum Ende des Ersten Weltkrieges auch im deutschen Dreiklassenwahlrecht wider, in dem politische Partizipation an Einkommen und Stellung in der Gesellschaft gebunden war. Neben der politischen Gleichheit zugleich die Aufhebung oder zumindest Abschwächung der Klassenunterschiede zu erreichen, war vor allem das Ziel der Arbeiterbewegung und ihrer Organisationen. Ganz im Gegensatz dazu wurde in rechtsnationalen Bewegungen etwa in Österreich wie auch später im Nationalsozialismus eine säkular begründete Restitution eines Ständestaates als Gegengewicht gegen die vermeintlichen politischen Auflösungserscheinungen der 1920er Jahre propagiert.

Nach dem Zweiten Weltkrieg übte in Deutschland West parteiübergreifend das von dem Soziologen Helmut Schelsky formulierte politische Leitbild einer ‚nivellierten Mittelstandsgesellschaft‘ einen großen Einfluss aus, in Deutschland Ost die Vorstellung der Aufhebung aller Klassengegensätze. Die ‚große Erzählung‘ vom Wohlfahrtsstaat beinhaltete eine gewaltige Reduzierung bestehender Einkommensunterschiede, ganz wesentlich durch staatliche Umverteilung innerhalb der Sozialsysteme. Zugleich ging es um neu konstruierte Machtbalancen, etwa zwischen den Tarifparteien, die sich unter anderem in den →[Mitbestimmungsgesetzen](#) niederschlugen. Auch die Verbesserung der Bildungschancen hatte das Ziel, alte Klassenschranken abzubauen und einen möglichst großen Teil der Bevölkerung in die Mittelschicht zu integrieren, damit also einen entscheidenden Beitrag zur sozialen Mobilität in einer auf individuelle Leistung begründeten Gesellschaft zu liefern. Dem Zugang der Arbeiter zu bürgerlichen Bildungsinstitutionen (→[Bildung](#)) diene Lehrmittelfreiheit und ‚kompensatorische Erziehung‘ ebenso wie die Gründung neuer Hochschulen in Industrierevieren und ländlichen Regionen. Die wissenschaftliche Erfassung sozialer Ungleichheit vollzog sich dann konsequenterweise vorrangig anhand des Schichtansatzes (z.B. über das Berufsprestige oder in

Form des ‚Zwiebelmodells‘ von Bolte et al.<sup>6</sup>), weniger anhand von Herrschaft und Konflikte stärker betonenden Klassenmodellen.

Mit wachsendem Wohlstand über Jahrzehnte konnte der Eindruck entstehen, dass das von Karl Marx beschriebene Industrieproletariat nur eine vorübergehende historische Erscheinung gewesen sei und die sozialen Unterschiede tendenziell zur Auflösung neigen würden. Die Vorstellung, man könne mit diesen und anderen Langzeitprogrammen die Klassenschranken vorangegangener Epochen überwinden, war unabhängig von politischen Grundüberzeugungen allgemeiner Konsens. Dagegen wandten sich Teile der neuen Linken nach 1968 – auch in Gewerkschaften und Kirchen – mit dem Argument, nur die äußeren Erscheinungsformen hätten sich gewandelt, während die die Barrieren der Klassen- und Schichtzugehörigkeit weiter bestünden, wie man etwa am Bildungssystem erkennen könne. Der Vorwurf der Undurchlässigkeit und Benachteiligung unterer Schichten ist von den →Pisa-Studien der jüngsten Vergangenheit bekanntlich erneut bestätigt worden.

Nach einer Phase der weiteren Ausdifferenzierung von Sozialstrukturmodellen in den Sozialwissenschaften auch in horizontaler Richtung in den 1980er und 1990er Jahren (s.o.) werden Begriffe der Klassenzugehörigkeit, Unterschicht und Prekariat heute verstärkt wieder herangezogen, um bestimmte Tendenzen der Ausgrenzung größer Kollektive aus der Mitte der Gesellschaft begrifflich zu erfassen und zu verstehen (s.u.). Damit wird deutlich, dass eine Unterschicht stets vorhanden war, nur dass sie in den Diskursen der Funktionseliten der Gesellschaft phasenweise keine Rolle (mehr) spielte.

**3. Kontroverse Positionen:** Die gegenwärtigen Kontroversen haben sich vor allen an Begriffen wie ‚Neue Unterschicht‘ und ‚Prekariat‘ entzündet. Einer der Auslöser war eine neuere Veröffentlichung von Paul Nolte mit dem Titel „Generation Reform“.<sup>7</sup> Der Begriff ‚Neue Unterschicht‘ geht von großen Einkommens- und Vermögensunterschieden in der Gesellschaft aus, also einer starken Polarisierung in **Arm** und →**Reich**. Bei Nolte kommt die Unterstellung hinzu, dass die Angehörigen der Neuen Unterschicht durch sozialstaatliche Alimentierung (z.B. Sozialhilfe) kulturell verwahrlost seien Dies meint zum Beispiel mangelndes Interesse an Werten der bürgerlichen Gesellschaft, was sich etwa in Bewegungsmangel, Zigaretten- und Alkoholkonsum, Bildungsrückständen oder übermäßigem Fernsehkonsum ausdrücke. Ein genereller Misstrauensverdacht einer illegitimen Erschleichung (und Verwendung) wohlfahrtsstaatlicher Leistungen schwingt hier ebenfalls mit. Es spielen in diesem Ansatz somit weniger Herrschaftsstrukturen und zu ändernde soziale Verhältnisse, zum Beispiel Arbeitsbedingungen oder Zugangsmöglichkeiten zu Bildung eine zentrale Rolle; vielmehr rückt die vermeintlich ‚unzivilisierte‘ Lebensweise der betroffenen Benachteiligten ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Diese seien daher durch die einschlägigen Institutionen verstärkt wieder an eine bürgerliche Leitkultur heranzuführen.

Die Begriffe Prekarität und Prekariat gerieten vor allem anlässlich der Veröffentlichung einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2006 in den Blickpunkt der Öffentlichkeit.<sup>8</sup> Anders als im (Unter-)Schichtmodell sind es durchaus die prekären Lebensverhältnisse, die die Aufmerk-

<sup>6</sup> Siehe etwa in Burzan, Nicole: Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, Wiesbaden: VS, 3.Auflage 2007 im Erscheinen: Kapitel 3.

<sup>7</sup> Nolte, Paul: Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, München: Beck 2004.

<sup>8</sup> Neugebauer, Gero: Politische Milieus in Deutschland. Die Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn: Dietz Nachf. 2007.



samkeit auf sich ziehen. Der Begriff Prekariat bedeutet unsicher, prekär (lat. precarium = auf Widerruf gewährtes Besitzverhältnis); Prekariat ist ein Kombinationswort aus prekär und Proletariat und bezieht sich auf ungeschützte Arbeiter vor allem in Frankreich (ab den 1980er Jahren) und Italien (San Precario). Das Prekäre war zunächst insbesondere auf prekäre Arbeitsverhältnisse (befristete Stellen, Leiharbeit, Minijobs etc.) bezogen, dann auch auf soziale Netze sowie Lebenslagen und Existenzweisen allgemein. Neu ist also nicht, dass es Benachteiligung gibt, neu aber sind teilweise die Formen, die in der Folge von Prozessen wie der Deregulierung und Flexibilisierung der Erwerbsarbeit, hoher Arbeitslosigkeit, der Krise des Sozialstaates und so weiter entstehen und im Zusammenhang damit insbesondere, dass auch Teile der ‚Mitte‘ im Ungleichheitsgefüge davon betroffen sind.

Einen zweiten Kontext der Diskussion um ‚Prekarität‘ stellen Arbeiten des französischen Soziologen Robert Castel<sup>9</sup> und anderen (z.B. M. Kronauer, B. Vogel<sup>10</sup>). Ihnen geht es darum, die verunsicherte Gesellschaftsmitte stärker hervorzuheben, das heißt diejenigen, die (noch) etwas zu verlieren haben (eingegangen auch in sozialstatistische Kategorien: 50-75% des Durchschnittseinkommens als prekärer Wohlstand). Prekarität ist dabei auch als Abgrenzung und Erweiterung von ‚Exklusion‘ zu verstehen. Exklusion wird hier als häufig zu polarisierend und undifferenziert (‚drinnen‘ oder ‚draußen‘) gesehen, wobei der Zustand eher in den Blick kommt als gesellschaftliche Prozesse, die zur Ausgrenzung führen. Dem entgegen postuliert Castel in seinem Modell drei Zonen: Integration, soziale Verwundbarkeit, Abkopplung. Dabei weitet sich die Zone der Verwundbarkeit empirisch immer weiter aus. Die ‚Verwundbarkeit‘ ist nicht nur ‚objektiver‘ Art (z.B. durch ein unsicheres Beschäftigungsverhältnis), sondern trifft auch auf ‚ungünstige‘ milieuspezifische Haltungen. So verweist Michael Vester darauf, dass Milieus in der (vertikalen) Mitte, mit Werten wie z.B. Beständigkeit und Zuverlässigkeit, oft noch schlechter auf eine ‚flexible Gelegenheitsorientierung‘ vorbereitet sind als benachteiligte Milieus, die zum Beispiel die Vorteile informeller Gelegenheitsarbeit positiv für sich sehen können. Allerdings lassen sich diese Haltungen bezüglich unterer und mittlerer Milieus nicht verallgemeinern.<sup>11</sup>

Auch sozialpolitisch wird aus diesem Blickwinkel die Fokussierung auf Ausgeschlossene (man könnte auch sagen: ‚neue Unterschicht‘, ‚Überflüssige‘ etc.) als nachteilig angesehen, denn hier werden Ausgeschlossene zu einer neuen Zielgruppe der Sozialpolitik. Das heißt die technische Problembehandlung rangiert dabei vor grundsätzlichen Maßnahmen, die Symptom- vor der Ursachenbehandlung, die bei den ausgrenzenden Verhältnissen ansetzen müsste. Einige Autoren (z.B. M. Kronauer) sind der Meinung, diese Symptombehandlung durch individuelle Wiedereingliederung sei mit der Verschiebung von Verantwortung auf die Betroffenen verbunden und zeige sich etwa in dem Zwang, als Empfänger staatlicher Transferleistungen nach der neueren Gesetzgebung jede Arbeit annehmen zu müssen.<sup>12</sup>

<sup>9</sup> Castel, Robert: Die Fallstricke des Exklusionsbegriffs; in: Mittelweg 36, Jg. 9 2000, H.3, S. 11-25.

<sup>10</sup> Vogel, Berthold: Soziale Verwundbarkeit und prekärer Wohlstand. Für ein verändertes Vokabular sozialer Ungleichheit; in: Bude, Heinz; Andreas Willisch (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg: Hamburger Edition 2006, S. 342-355; zu Kronauer siehe Fußnote 12.

<sup>11</sup> Vester, Michael: Der Kampf um soziale Gerechtigkeit. Zumutungen und Bewältigungsstrategien in der Krise des deutschen Sozialmodells; in: Bude, Heinz; Andreas Willisch (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg: Hamburger Edition 2006, S. 243-292.

<sup>12</sup> Kronauer, Martin: „Exklusion“ als Kategorie einer kritischen Gesellschaftsanalyse. Vorschläge für eine anstehende Debatte; in: Bude, Heinz; Andreas Willisch (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg: Hamburger Edition 2006, S. 27-45.

In der erwähnten Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Analyse politischer Milieus im Kontext von Partei- und allgemein Wertepreferenzen, die viel Aufmerksamkeit erregt hat, wird das Wort ‚Unterschicht‘ entgegen verbreiteter Missverständnisse nicht verwendet. Ein beachtenswertes empirisches Ergebnis in diesem Zusammenhang lautet allerdings, dass rund zwei Drittel der Befragten der Meinung sind, „dass es keine gesellschaftliche Mitte mehr gibt, also nur noch oben und unten, und dass sie sich in Zukunft finanziell einschränken müssen“. Das ‚abgehängte Prekariat‘, so eine Kategorie, umfasst hier 8% der Bevölkerung. Es handelt sich häufig um Menschen, die bereits Abstiegs Erfahrungen machen mussten (oft aus Ostdeutschland, eher Männer). Aufschlussreich für die neuere Ungleichheitsdiskussion ist aber auch ein weiteres Milieu, die ‚bedrohte Arbeitnehmermitte‘ (16%). Die Angst, den bisherigen, noch vergleichsweise befriedigenden Lebensstandard nicht halten zu können, ist hier besonders ausgeprägt. Gegenüber dem abgehängten Prekariat ist die soziale Situation (noch) nicht akut problematisch. Bei beiden angesprochenen Milieus ist jedoch eine Problemperspektive, zumindest oder auch für die Zukunft, klar erkennbar.

Demgegenüber macht eine Studie des DIW aber auch kritisch darauf aufmerksam, dass die Mittelschichten nicht generell in besonderer Weise vom Abstieg bedroht seien. Die grundsätzliche Verneinung einer Unterschicht wird jedoch als weltfremd bezeichnet und diese auch nicht als neue Erscheinung gesehen (DIW-Wochenbericht 12/2007).

Eine wichtige, wenn auch, wie gezeigt, bei weitem nicht die einzige Kategorie der Zuweisung eines sozialen Status ist das Einkommen. Wie stellt sich die Entwicklung der Einkommen – grob betrachtet – empirisch dar? Hier lässt sich zunächst – auch abhängig von den Datenquellen und Berechnungsweisen – eine gewisse, aber nicht auffällige Zunahme von →[Armut](#) und [Verteilungsungleichheit](#) feststellen. Ausgehend von einem Armutsverständnis der Unterschreitung von 60% des Durchschnittseinkommens, ist Armut beispielsweise nach dem Zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 1998 bis 2003 von 12,1% auf 13,5% gestiegen (S. 20).<sup>13</sup> Der Datenreport 2006 des Statistischen Bundesamtes zeigt anhand der (strengeren) 50%-Grenze eine Zunahme von 1997 (7,9%) bis 2003 (10,8%) und Stabilität in den beiden Folgejahren (jeweils 10,6%) auf.<sup>14</sup> Auf der Basis des Wohlfahrtssurveys kann man zwischen 1998 und 2003 sogar einen leichten Rückgang der Einkommensarmut von 10,3 auf 9,4% konstatieren, eine mehrfache Benachteiligung in zumindest zwei Bereichen von Einkommensarmut, Lebensstandard, Wohnen stieg leicht von 5,3 auf 5,4%.<sup>15</sup> Aus diesen Untersuchungen lässt sich keine objektive dramatische (höchstens geringe) Zunahme von Bevölkerungsanteilen in stark benachteiligten Lebenslagen herauslesen, hieße sie nun Unterschicht oder anders.

Dennoch gibt dies keinen Anlass zur Entwarnung, nicht zuletzt weil auch andere Aspekte als nur das Einkommen wichtig sind. Dies betont auch etwa P. Böhnke (a.a.O.), die die Zunahme von Verunsicherungen (z.B. Angst vor Arbeitslosigkeit) in der Mittelschicht hervorhebt. Dies ist jedoch explizit zu unterscheiden von Marginalisierungserfahrungen und Ausgrenzung in

<sup>13</sup> Deutscher Bundestag (2005): Lebenslagen in Deutschland. Zweiter Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; Quelle unter: [www.bmas.bund.de](http://www.bmas.bund.de).

<sup>14</sup> Statistisches Bundesamt (Hg.): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 2006, S. 611.

<sup>15</sup> Böhnke, Petra: Marginalisierung und Verunsicherung. Ein empirischer Beitrag zur Exklusionsdebatte; in: Bude, Heinz; Andreas Willisch (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige, Hamburg: Hamburger Edition 2006, S. 104.

strukturell schwachen sozialen Lagen. Auch Bude/Lantermann<sup>16</sup> (2006) zeigen, dass die direkten Effekte einer prekären Lebenssituation auf Exklusionsempfinden geringer sind als indirekte Effekte, die z.B. Bewertungen der eigenen Situation berücksichtigen. Dies unterstützt die Aussage, dass nicht allein die ‚tatsächlichen‘, objektivierbaren Verhältnisse über ein Gefühl der Ausgeschlossenheit bestimmen. Die Art und Weise des Umgangs mit prekären Situationen kann jedoch, betrachtet man die zeitliche Entwicklung, durchaus auf objektive Lagen zurückwirken.

Gibt es also eine neue Unterschicht? Bei der Beantwortung der Frage besteht das generelle Problem zu unterscheiden, ob sich, wenn von etwas ‚Neuem‘ die Rede ist, tatsächlich die Sachlage verändert hat oder ob nur die Aufmerksamkeit für ein Phänomen größer geworden ist. Die Rede von der ‚neuen‘ Unterschicht bekam auch deshalb öffentliche Aufmerksamkeit, weil wie gesagt bei den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft und im Raum der Kirche lange Zeit die Erwartung verbreitet war, die **Unterschicht** in einer Wohlstandsgesellschaft praktisch abschaffen zu können. So konnten die Bilder ausgegrenzter Benachteiligter, bei denen es sich nicht nur um Einzelfälle handeln sollte, um so mehr erschrecken.

**4. Evangelische Perspektiven:** Kirchlicherseits und von den diakonischen Einrichtungen beider Konfessionen wird in der Gegenwart die Frage nach der Schichtung der Gesellschaft bevorzugt über das Paradigma der Armut und Ausgrenzung thematisiert; dies trifft wie gezeigt jedoch nur einen Ausschnitt der Gesamthematik. Eine Gefahr wird darin gesehen, dass große Bevölkerungsteile zunehmend von Arbeitsmarkt, Bildung und Wohlstandsentwicklung und damit von der Teilhabe an den Entfaltungsmöglichkeiten, welche die Gesellschaft in einem bestimmten Entwicklungsstadium jeweils bereit hält, abgehängt werden. Auch dass die neuere wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Deutschland zu einer Erosion der Mittelschichten tendieren könnte – jener Mittelschichten, die Träger der einstigen Mittelstandsgesellschaft waren bzw. noch sind und die die gesellschaftliche Stabilität und den sozialen Frieden stützen – wird bemerkt. Damit beinhaltet die Sozialstruktur der Gesellschaft auch immer eine politische Dimension, weil sie mittelbar auf die Demokratiefähigkeit des Gemeinwesens zurückwirkt, die in kirchlichen Verlautbarungen nicht zuletzt vor dem Hintergrund der NS-Erfahrung als ein hohes Gut hervorgehoben wird. Unter anderem treten das gemeinsame Wort der beiden großen Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland von 1997 wie auch etwa die Demokratie-Denkschrift der EKD für soziale Mobilität und damit für die Durchlässigkeit der sozialen Hierarchie nach dem Leistungsprinzip ein. In diesem Kontext spielt →**Bildung** eine herausragende Rolle, gerade in neueren evangelischen Verlautbarungen, wie der Armuts-Denkschrift von 2006.

Im Begriff der Teilhabegerechtigkeit, der als Leitgedanke den Text durchzieht, ist im Kern die Vorstellung enthalten, dass niemand abseits stehen darf, sich also eine soziale Schicht der ‚Abgehängten‘ gar nicht erst bilden darf beziehungsweise dort, wo sie existiert, soweit möglich abgebaut werden muss. Darum ist die Verhinderung von Armut eine zentrale Aufgabe kirchlicher Arbeit. Armut wiederum verweist auf Arbeitslosigkeit als deren häufigste Ursache und damit auf die Notwendigkeit, Arbeitsplätze zu schaffen. Aber auch die sozio-kulturelle Integration tendenziell ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen ist eine Aufgabe, der sich die Kirchen in Zukunft stärker annehmen wollen. Der christliche Glaube kann den Betroffenen

<sup>16</sup> Bude, Heinz; Ernst-Dieter Lantermann: Soziale Exklusion und Exklusionsempfinden; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Jg. 58 2006, H. 2, S. 233-252.



hierzu Orientierung geben. Nach christlichem Verständnis ist die Integration Armer daher eine zentrale Aufgabe christlicher Liebestätigkeit, die über karitative Einzelmaßnahmen weit hinausgeht. Sie hat immer auch eine politische Dimension, die sich in der Einmischung von Kirche und Diakonie in Fragen der Gestaltung unseres Gemeinwesens ausdrücken soll.

*Literaturtipps:*

Böhnke, Petra: Am Rande der Gesellschaft. Risiken sozialer Ausgrenzung, Opladen: Verlag Barbara Budrich 2006

Bude, Heinz; Andreas Willisch (Hg.): Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrlische, Überflüssige, Hamburg: Hamburger Edition 2006

Burzan, Nicole: Soziale Ungleichheit. Eine Einführung in die zentralen Theorien, Wiesbaden: VS, 3.Auflage 2007 im Erscheinen

DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Armut in Deutschland verfestigt sich. DIW-Wochenbericht Nr. 12/2007, S. 177-182

Evangelische Kirche in Deutschland: Befähigung zur Eigenverantwortung und Solidarität. Eine Denkschrift des Rates der EKD zur Armut in Deutschland. Gütersloh 2006

Hradil, Stefan: Soziale Ungleichheit in Deutschland, Opladen: Leske+Budrich, 8. Auflage 2001

Schultheis, Franz; Kristina Schulz (Hg.): Gesellschaft mit begrenzter Haftung. Zumutungen und Leiden im deutschen Alltag, Konstanz: UVK 2005